

INHALT

1. Ausgaben des Landes steigen deutlich
2. Landesregierung schafft neue Behörden und Prüfstellen
3. SPD, Grüne und SSW setzen Erhöhung der Wasserpreise über Haushaltsbegleitgesetz durch

11.12.2013

Ausgaben des Landes steigen deutlich SPD, Grüne und SSW erhöhen Etat um mehr als 350 Millionen Euro

Acht Milliarden Euro werden die Einnahmen des Landes im Jahr 2014 betragen. Das sind 600 Millionen Euro mehr, als am Ende der Regierungszeit von CDU und FDP. Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hatte 2012 im Vergleich zu 2011 die Gesamtausgaben sogar gesenkt.

Trotz dieser Ausgabensteigerungen wird 2014 die Investitionsquote so niedrig sein, wie nie zuvor. „Schwerpunktsetzung für die Zukunft des Landes: Fehlanzeige! Während die Investitionen in den Keller gehen, steigen die konsumtiven Ausgaben um über 500 Millionen Euro“, betonte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen in seiner Rede.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies darauf hin, dass SPD, Grüne und SSW aufgrund der deutlich steigenden Ausgaben den Menschen auch noch mit Steuererhöhungen und dem Anheben der Wasserabgabe in die Tasche griffen. Denn selbst die Rekordsteuereinnahmen reichten nicht aus, um neben der Steigerung der Verwaltungskosten auch die Anhebungen der Zuweisungen und Fördermittel für ihre jeweiligen Klientelgruppen zu verteilen.

Die Landesregierung habe bislang nicht eine einzige Maßnahme beschlossen, mit der langfristig Ausgaben eingespart würden. „Dazu erwarten wir heute von Ihnen konkrete Antworten. Der Landtag hat einen Anspruch darauf, vom Ministerpräsidenten zu erfahren, wie er das strukturelle Defizit abbauen und die Schuldenbremse einhalten will“, forderte Callsen.

Dazu gehöre auch die Einnahmesituation des Landes. Die Regierung verlasse sich auf ständig sprudelnde Steuereinnahmen. Das aber setze eine vernünftige Wirtschaftspolitik voraus.

Und während der Ministerpräsident den Menschen von seiner wachstumsorientierten Politik erzähle, sorgten die Initiativen von SPD, Grünen und SSW dafür, dass es erste Alarmsignale im Mittelstand gebe.

Die Zahl der Arbeitslosen sei stärker als im Bundesdurchschnitt gestiegen. Die Agentur für Arbeit in Schleswig-Holstein spreche von einem „ausgebremsten Aufschwung“. Auch die Konjunkturwerte der Kammern seien schlechter als zu CDU-FDP Regierungszeiten. Nur noch

33 Prozent der Unternehmen bezeichneten ihre Geschäftslage als „Gut“. Das Ausbaugewerbe verzeichne ein Umsatzminus, und die Industrie-Konjunktur in Schleswig-Holstein stagniere.

„All dies sind Ergebnisse Ihrer Politik. Sie überziehen den Mittelstand mit Misstrauen, Bürokratie und finanzielle Belastung. Auf der Strecke bleiben bei Ihrer Politik auch Investitionen in die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur“, so Callsen.

Die CDU stehe für solide Finanzen, sie stehe für Investitionen in die Zukunft, sie stehe für Verantwortung und Freiraum für die Menschen, für Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung. „Ihre Politik, Herr Ministerpräsident, die Politik von SPD, Grünen und SSW macht aus dem „echten Norden“ einen schlechten Norden“, erklärte Callsen mit Blick auf die neue „Dachmarkenstrategie“ der Landesregierung.

Link zur Rede des Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2013-12-11_Johannes_Callsen_4014.html



Finanzexperte Tobias Koch, MdL

Landesregierung schafft neue Behörden und Prüfstellen Verwaltungskosten des Landes steigen um fast sieben Prozent

„Ein Land, das auf kluge Köpfe setzt, braucht keine bürokratischen Laufgitter“ – so steht es auf der Internetseite des Ministerpräsidenten. Im Wahlkampf versprach Albig, 25 Prozent der Aufgaben in den Verwaltungen von Land und Kommunen abzubauen. Bislang haben SPD, Grüne und SSW allerdings durch neue Gesetze zusätzliche Behörden und Prüfstellen geschaffen. Allein die Verwaltungskosten des Landes steigen 2014 um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr und damit stärker, als jede andere Haushaltsgruppe.

„Noch keine Landesregierung vor Ihnen hat es geschafft, in nur einem Jahr so viele neue Behörden und Prüfstellen auf den Weg zu bringen“, erklärte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen in seiner Landtagsrede.

Für das Antikorruptionsregister habe die Regierungskoalition von SPD, GRÜNE und SSW eine eigene „zentrale Informationsstelle“ eingerichtet. Beim Tariftreue- und Vergabegesetz hätten SPD, GRÜNE und SSW eine eigene Prüfinstanz für öffentliche Auftraggeber in den Gesetzestext hineingeschrieben.

In der Novembersitzung des Landtages habe Europaministerin Anke Spoorendonk zudem eine neue Gender-Prüfstelle bei EU-Förderprogrammen angekündigt. Noch ist unklar, welche Aufgaben diese Prüfstelle wahrnehmen soll und wie hoch die Kosten liegen. Eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion liegt der Landesregierung zur Beantwortung vor.

Auch bei der Energiewende setzten SPD, GRÜNE und SSW auf mehr Bürokratie: Obwohl es eine funktionierende Netzagentur auf Bundesebene gebe, solle eine eigene Landesnetzagentur ins Leben gerufen werden.

Callsen kritisierte die dadurch verursachten zusätzlichen bürokratischen Strukturen. „All dies, Herr Ministerpräsident, ist das Gegenteil von Bürokratieabbau, es ist die Schaffung unnötiger Bürokratie, die die Zukunft in diesem Land behindert“, sagte er an die Adresse des Ministerpräsidenten.

Anfang der Woche hatte die Landesregierung auch den Kommunen zugesagt, durch eine Reihe neuer Gesetze entstandene Mehrkosten in mehrfacher Millionenhöhe auszugleichen. Dieser Kompromiss zwischen Landesregierung und Kommunen kam allerdings erst zustande, nachdem die CDU-Fraktion die Konnexitätsfrage auf die Tagesordnung der aktuellen Landtagsdebatte gesetzt hatte.

Der CDU-Fraktionschef bemängelte auch die schädlichen Folgen für Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplatzentwicklung. „Sie überziehen den Mittelstand mit Misstrauen, Bürokratie und finanzielle Belastung. Vergabegesetz, Antikorruptionsregister, Erhöhung der Grunderwerbssteuer, Wasserabgabe - die Liste der mittelstandsfeindlichen Gesetze und Verordnungen wird immer länger“, so Callsen.



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

SPD, Grüne und SSW setzen Erhöhung der Wasserpreise über Haushaltsbegleitgesetz durch Keine Anhörung, keine Diskussion im Parlament

SPD, Grüne und SSW haben heute die Erhöhung der Wasserabgabe für private Haushalte und Unternehmen im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes beschlossen. Das bedeutet eine zusätzliche Belastung der Schleswig-Holsteiner in Höhe von acht Millionen Euro. „Sie treffen damit am Ende jeden privaten Haushalt in Schleswig-Holstein und jedes Unternehmen“, kritisierte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen.

In der vergangenen Woche hatte ein entsprechender Gesetzentwurf dem Landtag nicht mehr

zugeleitet werden können. Die Koalition hatte versäumt, ihn auf die Tagesordnung zu setzen. Dass die Koalition ihre Erhöhung nun über das Haushaltsbegleitgesetz an der Öffentlichkeit vorbei beschlossen hat, bezeichnete Callsen als bodenlose Frechheit:

„Sie greifen den Menschen auch noch ohne ein ordentliches parlamentarisches Verfahren – ruckzuck durch die Hintertür – in die Tasche. Denn Sie wollen nicht, dass Ihre Kritiker öffentlich zu Wort kommen.“

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de